

## **Gespräch der Mobilitätsministerin, Frau Petra Berg, mit Vertretern der "Bürgerinitiative zur umgehenden Öffnung der L170"**

### **Bericht aus Sicht der Bürgerinitiative**

Termin Dienstag, 21. Oktober 2025

Uhrzeit 09:30 - 11:00 Uhr

Anwesend Frau Berg, Ministerin  
Herr Ralf Geisert, Referatsleiter F/3 (Oberste Straßenverkehrsbehörde)  
Herr Christian Bastian, Referatsleiter F/5 (Straßenverkehrssicherheit)  
Herr Weber, persönlicher Referent der Ministerin  
Frau Waschburger, Leiterin des Ministerbüros  
Frau Groß-Barra, Persönliche Referentin der Ministerin

Für die "Bürgerinitiative zur umgehenden Öffnung der L170"

Herr Jacob Fuhrmann  
Frau Karoline Heffinger-Spreier

**Bezug Resolution der BI an die Ministerin zwecks baldiger Wiederöffnung der L170  
(Aktueller Stand: Über 3.000 Unterschriften)**

Statt eines Protokolltextes soll hier für unsere Mitglieder und für die Teilnehmer an der L170-Resolution ein Bericht aus der o.a. Sitzung folgen, der nicht nur den Diskussionsverlauf nachzeichnet, sondern auch Querinformationen zum **besseren Verständnis der z. Z. eher angespannten Situation zwischen der politischen Spitze und den betroffenen Bürgern** liefern soll.

In der recht langen Besprechung lieferten die beiden o.g. Referatsleiter eine Menge Fakten und Behauptungen, die wir z.T. aus unserer Sicht widerlegen konnten, z.T. aber auch mangels Überprüfbarkeit schlicht z.K. nehmen mussten. Alle wichtigen Infos der beiden Referatsleiter finden Sie im Anschluss an diesen Bericht als " **Informationen zur L 170: FAQ**" <sup>1</sup>

\* \* \*

Die Ministerin begrüßt die Vertreter der BI mit freundlichen Worten und eröffnet die Sitzung.

Die BI-Vertreter bedanken sich für die Einladung und erinnern an die Resolution zur umgehenden Öffnung der L170. Dafür seien von den Bürgern aus vielen umliegenden Gemeinden und Ortschaften bisher **über 3.000 Unterschriften** eingegangen. Und diese Aktion sei noch nicht beendet.

Nach diesen Vorbemerkungen entwickelt sich dann sehr schnell eine sachliche, aber phasenweise auch heftige Diskussion bzgl. des Limberges und seiner "besonderen geologischen Instabilität", wie sie vom LfS schon unmittelbar nach dem Starkregenereignis an Pfingsten behauptet wurde. Die BI-Vertreter erklärten diesbezüglich ihre Zweifel und bezeichneten die Vorkommnisse der letzten Jahre/Jahrzehnte als **normale Erosionserscheinungen** (biologischer, physikalischer und chemischer Art). **Auch im Saarland sollte der LfS diesen weltweit gültigen Sachverhalt akzeptieren.**

Am Limberg, speziell entlang der heutigen L170, seien solche (aus Sicht der BI völlig unnötig dramatisierten) Hangrutsche seit Jahrzehnten bzw. Jahrhunderten die ganz "normale Realität", wie bei allen geologischen Formationen, die höher sind als ihre Umgebung (am Limberg rund 180 m Höhenunterschied zur Saar), und die somit den Gesetzen der Schwerkraft der Erde unterliegen,

---

<sup>1</sup> FAQ steht für "Frequently asked questions", zu Deutsch: "Häufig gestellte Fragen"

also wie überall auf der Welt (vom Limberg zum Kirkeler Stiefel-Felsen<sup>2</sup> über den Pfälzer Wald, das Krumme Elsass bis zum Allgäu, den Alpen usw.). Vgl. dazu auch den überraschenden [Hangrutsch am 28. Mai 2025 im Schweizer Kanton Wallis](#), bei dem das Dorf Blatten praktisch komplett verschüttet wurde.

### Sperrung der L170 durch den LfS

Die seit Sommer 2024 vorgenommenen Sperrungen der L170 wurden im Laufe der Monate von vielen Verkehrsteilnehmern, insbesondere Radfahrenden kaum noch ernst genommen, da sich an der Straße bis vor kurzem kaum etwas tat. Wer in St. Barbara wohnt und mit Fahrrad oder Roller nach Dillingen will, kann nicht nachvollziehen, warum über 15 Monaten hinweg praktisch nichts passiert ist. Und wer als Behindertener mit dem Taxi zum Arzt muss und jetzt noch aus eigener Tasche drauflegen soll, verliert dann langsam das Vertrauen in die Funktionsfähigkeit und die Effizienz von Ämtern und nachgelagerten Behörden. Wer in Kerlingen wohnt und mit dem Zug ab Dillingen nach Saarbrücken zur Arbeit in die Staatskanzlei will, findet am Bahnhof Dillingen zwar genügend Parkplätze, muss jetzt aber große Umwege über die Autobahn fahren.

Die Referatsleiter F/3 und F/5 verweisen auf eine generelle Überlastung der LfS-Mitarbeiter seit Pfingsten 2024 und schildern vehement ihre Arbeitsbelastung mit aktuell rund 60 Baustellen, die alle ihre Zeit bräuchten, zumal viele Institutionen sowie Naturschutzverbände eingebunden werden müssten. Wie viele Mitarbeiter dem LfS zur Verfügung stehen, wurde nicht erwähnt.

Die vor etwa zwei Wochen vorgenommenen Baustellenabsperrungen auf der L170 mit tonnenschweren-Betonquadern wurden als Quasi-Notwehr des LfS bezeichnet, um die Bürger vor Schäden an Leib und Leben zu schützen.

Soweit tatsächlich am Limberg oder auf einem der drei Streckenabschnitte der L170 gearbeitet wird, kann das jeder Bürger sicherlich nachvollziehen. Wenn aber Betroffene feststellen müssen, dass über ein Jahr lang an einer Baustelle nichts passiert (weder Hangrutsch noch irgendwelche Forst- oder Bauarbeiten, fällt es diesen z.T. schwer solche Absperrungen noch ernst zu nehmen. Frauen und Kinder spazierten abends und am Wochenende bei schönem Wetter über die verkehrsberuhigte Straße (Vgl. dazu das **Foto rechts!**), Fahrradfahrer kann man im Minutenakt beobachten, wie sie geschickt Ihre Räder über die Absperrungen hieven. Inzwischen soll sich nach Darstellung der beiden Referatsleiter jedoch ein nochmals deutlich erhöhtes Maß an Missachtung der Absperrungen "eingespielt" haben, wobei sogar Traktoren im Einsatz sein sollen, um Betonquadern aus ihrer Phalanx herauszuziehen. Deshalb müsste der LfS nun bei den Absperrungen weiter "nachlegen".

Frage: Warum machen Bauern so etwas? Sind die radikal?  
Oder müssen sie vielleicht auf ihren Feldern arbeiten?<sup>3</sup>



### Anmerkung der BI zum Thema "Frustration und Aggression"

Der von Referatsleiter F/3 geschilderte zunehmende Vandalismus an den Absperrungen auf der L170 bestätigt eigentlich nur den seit Jahrzehnten bekannten sozialpsychologischen Zusammenhang zwischen Frustration und Aggression.

<sup>2</sup> Der Felsen steht auf dem Berg „Großer Stiefel“ (ca. 398 m hoch) im Sankt Ingbert-Kirkeler Waldgebiet, gehört aber zur Gemarkung von St. Ingbert, nahe dem Stadtteil Sengscheid.

<sup>3</sup> Wie sollen die Bauern bei solchen "Höckerlinien" des LfS sonst zu ihren Feldern kommen?

Dieser Hinweis zur Logik und zur Umsetzung ortspolizeilicher Verfügungen muss an dieser Stelle schon erlaubt sein; denn bei allen Verboten muss immer der psychologische Faktor mitgedacht werden, ganz gleich ob in der Schule, auf der Arbeitsstelle oder im Verkehr: **Wenn ein Verbot von den betroffenen Menschen als unverhältnismäßig eingestuft wird, besteht die Gefahr einer zunehmenden "trotzigen" Nichtbeachtung, die sich bei verschärfter Sperrung zu einer Frustration entwickeln und dann in aggressives Verhalten umschlagen kann.**

### **"Logik von Sperrungen und Gefahren-Hotspot"**

Wie bekannt rutschte infolge des Starkregens in 2024 vom Limberg eine recht überschaubare Menge an Sand und kleinem Geröll auf die Straße. Lediglich in der sog. Rehlinger Engt (am Hoesberg?) war es deutlich mehr; dennoch wurde vom LfS bis heute dort überhaupt nicht geräumt, sodass Traktoren, Mopeds und Fahrräder wie auf einer Rally-Strecke über Sand, Geröll und abgebrochenen Ästen drüberfahren müssen, weil sie die Autobahn ja nicht benutzen dürfen.

Und besonders interessant: Ein in diesem Bereich äußerst gefährlich herunterhängender Baumstamm mit seinen armdicken Ästen wurde bis heute nicht beseitigt, stellt also **eine echte eklatante Gefahr** dar, die jedem Bürger sofort auffällt. Diese augenscheinliche Gefahr wird **vom LfS jedoch völlig ignoriert** wird, obwohl diese Gefahrenquelle bei Einsatz eines Hubsteigers mit einem Arbeitsaufwand von maximal 2 Stunden schon unmittelbar nach dem Pfingststegen hätte beseitigt werden können und müssen. (Vgl. dazu das Foto auf [www.L170.de](http://www.L170.de)) Dort ist dieser untragbare Zustand schon seit Monaten dokumentiert! Die Website ist auch dem LfS und den zuständigen Referaten im Ministerium seit Monaten bekannt, wie in der Sitzung zu erfahren war.

Interessant: Auch in dieser Sitzung reagierten die beiden Referatsleiter eher ausweichend.

Wenn wir es in der Sitzung richtig verstanden haben, gibt es zwischen dem Besitzer des angrenzenden Waldes und dem LfS einen gewissen Dissens bzgl. der Beseitigungspflichten bzw. der Kosten-Übernahme durch den/die Anrainer der Straße. Interessanterweise wurden da aber von Seiten des LfS anscheinend bisher keinerlei Schritte zur juristischen Klärung der Verantwortlichkeit unternommen, während man Fußgängern schnell ein Bußgeld von 20,-€ bei Begehung der Straße angedroht haben soll.

Allerdings hat der "gesunde Menschenverstand" hier zwei Probleme, um das alles zu verstehen:

1. Warum beschildert man die L170 der allgemein über Jahrzehnte hinweg wahrgenommenen "geringfügigen" Gefahrensituation entsprechend nicht einfach mit dem Schild "Vorsicht Steinschlag" und einem Hinweisschild "Traktoren frei" und zusätzlich mit dem Schild "Durchgangsverbot für Fußgänger", da kein entsprechender Seitenstreifen für Fußgänger zur Verfügung steht?
2. Warum überlässt man nicht dem mündigen Bürger die Beurteilung des dann noch verbleibenden Restrisikos? Vor der Sperrung hatte man nie einen Fußgänger auf der L170 gesehen; diese kommen erst jetzt als neugierige Bürger, weil man jetzt die Verkehrsruhe auf der Straße für einen Familienspaziergang am Wochenende nutzen möchte.

### **Generelle Anmerkungen zum Thema "Risiken"**

Jeder mündige Bürger muss jeden Tag Risikoentscheidungen treffen. Für jeden Tag und für jeden Ort besteht immer ein Restrisiko und somit auch für jeden Verkehrsteilnehmer. Selbst mit einem Gartentraktor und mit einer Kettensäge kann man jederzeit tödlich verunglücken. Davor kann der Staat niemanden "bewahren". Und er soll es auch nicht!

Aufgabe des Staates ist nicht primär die Bevormundung des Bürgers sondern die Schaffung von hilfreichen und zumutbaren Rahmenbedingungen, die das Verantwortungsbewusstsein der Bürger und deren Zusammenleben unterstützen, nicht einschränken.

## Fragen zum Nachdenken:

- Darf man als 70-jähriger überhaupt noch Fahrrad fahren, wo doch die Unglückswahrscheinlichkeit heute schon bei X% liegt und morgen sogar bei Y% liegen wird?
- Muss oder will ich als Politiker und als Polizist wirklich alles regulieren oder ist es mir eher ein persönliches Bedürfnis?
- Brauchen wir für jedes (subjektiv vermutete) Fehlverhalten eines Bürgers einen Paragrafen im Bußgeldkatalog?

## Wozu gibt es eigentlich Landstraßen und Brücken?

Die heutige Landstraße L170 wurde schon vor Jahrhunderten, wenn nicht sogar schon zur Keltenzeit als "Schnell-Verbindungsstraße" entlang der Saar für Handwerk, Handel, Industrie und Militär angelegt. Um das Verkehrsnetz effizienter zu gestalten, wurde 1929 die Brücke von der heutigen L170 nach Dillingen gebaut und nach ihrer Zerstörung im Krieg 1954 wieder mühsam aufgebaut, "um den Menschen das Leben zu erleichtern", damit z.B. die Hüttenarbeiter aus Wallerfangen und vom Gau nicht mehr zuerst zur Rodener Fähre marschieren oder mit dem Fahrrad fahren mussten, um dann erst nach langem Weg auf der Dillinger Hütte anzukommen. Die durch die Brücke gewonnene Zeit konnten sie dann für ihre ganz persönlichen Wiederaufbauprobleme und für ihre Selbstverpflegung aus eigenem Garten nutzen.

**Die Brücke von der L170 zur Brückenstraße in Dillingen wird täglich gebraucht; durch die Sperzung der L170 kann sie nicht genutzt werden. Mit passenden "Gutachten" wird die Öffnung der Straße verhindert bzw. in sehr unüblichem Maße verzögert. Frage: WARUM?**

**Niemand** im Umkreis der **3.000 Menschen**, die bis heute die Resolution unterschrieben haben, kennt **man jemanden**, der **dieses Verhaltensmuster von Politik und Behörden nachvollziehen oder plausibel erklären kann**.

Um mal konkreter zu werden:

Wenn der LfS, wie in der o.a. Sitzung im Ministerium zu erfahren war, **b von Mitte 2024 bis Ende 2026** braucht, um das kleine Straßenstück zwischen Wallerfangen und der Brücke nach Dillingen abzusichern und zu reparieren, **dann kann - auch bei noch so viel Verständnis für den LfS und seine Rahmenbedingungen - niemand einen Zeitbedarf von 2 ½ Jahren nachvollziehen**. Auch eine Dramatisierung des "Limberg-Risikos" wirkt nicht überzeugender; denn sonst müsste man fragen, wieso die neue Wasserstoffleitung 2027 ausgerechnet neben bzw. unter der L170 verlegt werden soll. **Oder weiß hier die linke Hand nicht, was die recht geplant hat?**

**Wir wenden uns deshalb nochmals und ausdrücklich an die Politikspitze**, sich zu dieser Thematik doch mal ein paar grundsätzliche, um nicht zu sagen "nachhaltige" Gedanken zu machen. Manchmal genügen schon relativ geringe Veränderungen in der Aufbauorganisation, um innovativem Denken sowie effizientem und zugleich rechtssicherem Handeln den notwendigen Raum zu geben.

gez.:

Jacob Fuhrmann  
Sprecher der L170-BI